

Frau, die Schriftstellerin A. Wagensell und der Student Kurt August Roth. Die Anklage lautete auf groben Unfug. An der Veranstaltung haben Mitglieder der Aristokratie, der ersten Gesellschaft, Künstler und zahlreiche Offiziere teilgenommen. Das Urteil lautete gegen jeden der Angeklagten auf sechs Wochen Gefängnis, mit Rücksicht darauf, daß es bei der Tanzunterhaltung, die durch den dahinzuliehenden Erlaß des Stellvertretenden Generalkommandos an sich verboten war, sehr lärmend zugeht, und daß sich die Nachbarschaft und die breitere Öffentlichkeit durch die ganze Veranstaltung in ihren väterländischen Gefühlen beschwert fühlte.

## Die Sozialpolitik nach dem Kriege.

### Kundgebung der Gesellschaft für Soziale Reform.

Gestern mittag hatte die Gesellschaft für Soziale Reform ihre Mitglieder und Freunde zu einer groß angelegten Kundgebung für Sozialpolitik nach dem Kriege nach der Berliner Philharmonie eingeladen. Trotz des verlockenden Frühlingswetters war der Andrang der Geladenen so stark, daß bereits vor der festgesetzten Zeit der riesige Hauptsaal überfüllt war und eine Nebenversammlung im Oberlichtsaal veranstaltet werden mußte. Alle sozialen Schichten der Bevölkerung und zahlreiche soziale Vereinigungen waren vertreten. Für die Regierung erschienen der Vizkanzler v. Payer, der Leiter des Reichswirtschaftsamtes Frhr. v. Stein, vom Reichsjustizamt Dr. v. Krause und für jedes Reichsamt und Ministerium die zuständigen Vertreter.

Mit seltener Frische begrüßte der Führer des einladenden Verbandes, Staatsminister Frhr. v. Berlepsch, die Versammlung. Er wies auf die letzte Veranstaltung der Gesellschaft für Soziale Reform vom 10. Mai 1914 hin, wo allgemein ein gewisser Stillstand der sozialen Reformen sich bemerkbar machte und nur ein einziger Regierungsvertreter anwesend war. Jetzt habe der Krieg neue soziale Aufgaben gestellt. Auch nach dem Friedensschluß bleibe die wirtschaftliche Not. Es gelte, die Lebenslage aller Kriegsteilnehmer so zu gestalten, daß sie ihren Ansprüchen genüge. Es dürfe nicht wieder auf den großen Erfolg im Kriege eine große Enttäuschung folgen. Den Toten könne man in der Erinnerung dankbar sein, den Lebenden aber helfe allein die Tat. Einen programmatischen Bericht erstattete sodann

#### Professor Dr. Franke.

Er brachte den Gruß der Heimat an das Volk in Waffen, das uns vor Vernichtung und Vertreibung schütze. Es gelte, dem Vernichtungswillen den Siegeswillen entgegenzusetzen, die Witwen zu trösten, die Waisen zu tüchtigen Staatsbürgern zu erziehen, den Verletzten zu helfen und den Siegern ein neues Heim zu bereiten. Der Dienst am Gemeinwohl ist eine Staatsnotwendigkeit. Der Krieg hat die Sozialpolitik gefördert. Freilich hat die Not zunächst das Gegenteil bewirkt. Die Arbeit der Frauen und Jugendlichen war nicht zu entbehren. Immerhin traten Einschränkungen ein, z. B. bei der Nacharbeit der Bäckereien, bei der Beschäftigung mit gesundheitsgefährlichen Stoffen u. a. Dann wurde der Zeitpunkt für die Altersrente auf das 65. Jahr herabgesetzt, die Lohnsätze wurden überarbeitet, das Hilfsdienstgesetz brachte die Betriebsausschüsse und das Schlichtungswesen. Der Gedankenaustausch und die Arbeitsgemeinschaft zwischen Staatsbeamten und Arbeiterführern setzte ein. Die Gewerkschaften wurden als staatsverhaltende Elemente anerkannt. Es wuchs die Notwendigkeit einer Erziehung und Stärkung der Volkskraft in Form der Bevölkerungspolitik. Die Säuglingspflege wurde verstärkt, die Reichswochenhilfe für Wöchnerinnen kam, eine Erhöhung der Renten wurde als notwendig anerkannt. Eine allgemeine Familienkrankenversicherung wird jetzt erforderlich. Die Träger der Krankenversicherung wachsen sich zu Vorkämpfern gegen die Volksseuchen aus. Die neue Wohnungspolitik fordert gesunde, behagliche, billige Wohnungen. Nach dem Kriege muß der Höchstarbeitstag herabgesetzt werden, die Nachtruhe gesichert und die Giftgefahr und sittliche Gefahr für Frauen und Jugendliche beseitigt werden. Wir blieben Sieger im Weltkrieg, weil wir den besten Arbeiterschutz hatten. Nach dem Kriege fordern wir weitgehende Kredithilfe und die allgemeine Arbeitslosenversicherung. Bei bleibender Teuerung der Lebensmittel dürfen die Löhne nicht sinken. Da sind neue, schwere Arbeitslosenkasse in Sicht. Betriebsausschüsse, Gewerkschaften und Erziehungämter werden zur Notwendigkeit. Auch der Staat muß Sozialpolitik treiben durch Lohnklauseln bei öffentlichen Aufträgen. Die Heimindustrie erfordert Fachauschüsse. Das Volk hat sich im Kriege die Gleichberechtigung erkämpft. Nach 14jähriger Vorgesichte wird in den nächsten Tagen im Reichstag das Arbeitskammergesetz erscheinen, und damit eine Reform des Koalitionsrechtes einsehen. Die Mitarbeit der Arbeiterführer in Magistraten, Deputationen und Reichsämtern wird sicherzustellen sein. Die Osterhoffnung ist eine soziale Hoffung. Das neue Deutschland wird sich auf Gerechtigkeit und Vertrauen aufbauen. Der Kampf geht gegen den Wuchergeist, die Profitgier, den Mammonismus zugunsten der sittlichen Arbeit des Volkes.

Graf Posadowsky sprach von der Ueberraschung unserer Feinde über unsere Widerstandskraft. Durch unsere wirtschaftliche Entwicklung waren unser Wohlstand und unsere industriellen Mittel unerschöpflich, und durch die Sozialpolitik besaßen die unteren Klassen ein Verständnis für den Wert unseres Staates. Die Sozialpolitik hatte uns alle in Vaterlandsliebe geeinigt. Die Sozialpolitik kann niemals ruhen, denn sie ist ein Bestandteil der ewig beweglichen Wirtschaftspolitik. Die nächstliegenden Aufgaben sind in der Wohnungsfrage, der Frauenfrage und der Kriegsverletztenfrage zu suchen. Der Redner ist in der Wohnungsfrage für Regelung des Wohnungsnachweises und der Zuzugserlaubnis. Die Trennung des Reichsamtes des Innern und des Reichswirtschaftsamtes in der Siedlungsfrage sei zu bedauern. In der Frauenfrage handele es sich um den Wiederaufbau des Familienlebens und um die Bekämpfung der Verwahrlosung der Jugend. Die Kriegsbekämpften müssen gegen Verdrängung ihrer Arbeit durch die Konkurrenz der Gefunden geschützt werden.

Gewerkschaftssekretär Hartmann wünschte ein Reichseinigungsamt, in dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer an einem Tisch sitzen.

Herr Görnandt vom Verband Deutscher Privatangestelltenverbände bekennet sich zu einer lebendigen Sozialpolitik aller Volksschichten und fordert eine Politik der deutschen Familie.

Regien, der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, forderte Gleichmäßigkeit des Rechtsbodens für beide Teile der sich bekämpfenden sozialen Parteien. Ein anderer Geist der Auslegung und des Verständnisses müsse in die Verwaltungsbehörden und Gerichte einziehen. Die Verluste an Arbeitskraft im Kriege müßten doch ein Ausgleich finden durch Schutz und Schonung der Arbeiterschaft.

Herr Kemmers, Vorsitzender der Interessengemeinschaft der deutschen Beamtenverbände, erklärte die Beamtenpolitik als einen unentbehrlichen Bestandteil der allgemeinen Sozialpolitik.

Reichstagsabgeordneter Trimborn betrachtete die Wider-Vaterlandsbejahung. Die Sozialpolitik der Zukunft müsse eine

15  
83